

Pressemitteilung

3. Juni 2010

Privatisierung / Rekommunalisierung: BUND schrieb 44 Briefe – Kommunalpolitiker antworten

Verträge zu Müllverbrennung laufen bis 31. 12. 2023

BUND: „Kommunal verantwortete Daseinsvorsorge besser als Privatisierung!!!“

Die Zeit der Privatisierungseuphorie bei der kommunalen Daseinsvorsorge scheint sich deutlich ihrem Ende entgegenzuneigen; denn: Rekommunalisierung ist für öffentliche Haushalte, Gebührenzahler und Umwelt auf Dauer meist günstiger. Um dieser durchaus aktuellen Erkenntnis etwas Resonanz zu verschaffen, haben die im Bereich des ZAS tätigen BUND-Kreisgruppen 44 gleich lautende Schreiben an Kreischefs, Oberbürgermeister und Kreistagsfraktionsvorsitzende zwischen Germersheim und Zweibrücken verschickt (s. dazu beigefügtes Briefmuster). Bei diesem Vorstoß ging es einerseits um die mit garantierten privaten Renditeerwartungen verknüpfte öffentliche Aufgabe der Abfallbehandlung in Pirmasens. Es ging aber andererseits auch um das grundsätzliche Anliegen, dass Trinkwasserver- und Abwasserentsorgung, Energieversorgung und Abfallwirtschaft nicht privatem Gewinnstreben und Konzerninteressen ausgeliefert werden dürfen, weil hierbei eine ungesunde Umverteilung öffentlicher Einnahmequellen in private Taschen sowie eine damit einhergehende Vernachlässigung von Umweltstandards in Gang gesetzt wird.

In den zwischenzeitlich eingetroffenen Antwortschreiben aus der angeschriebenen ZAS-Politik erkennt der BUND ein weiteres Indiz für den fortgeschrittenen, aber selbstverschuldeten deutlichen Verlust an Gestaltungskraft heutiger Politik. Bestätigung für seine Position findet die Umweltorganisation im jüngsten Votum des Deutschen Städte- und Gemeindebundes (vgl. „Schluss mit Privatisierung“ in RHEINPFALZ am SONNTAG vom 23. Mai 2010).

In ihren Antwortschreiben schließen sich die SPD-Politiker weitgehend an die Aussagen von Landrätin Theresia Riedmaier an, während CDU-Politiker sich um die Position von OB Dr. Bernhard Matheis scharen.

Theresia Riedmaier versichert, dass die im Jahr 1995 mit der Sotec abgeschlossenen und später auf E.ON Energy from Waste übergegangenen Verträge bzgl. Pirmasenser MVA eine **Laufzeit bis zum 31. 12. 2023** haben. Die langfristigen vertraglichen Bindungen seien „*schon vielfach Gegenstand von Diskussionen und ebenso mehrfach Gegenstand von Nachfragen und – auch gutachterlichen – Überprüfungen*“ gewesen. Ergebnis all dieser Erörterungen sei: „**Die Verträge haben Gültigkeit und Bestand**“, und zwar, so der BUND, noch fast 14 lange Jahre, in denen die Gebührenzahler den hohen Renditeerwartungen der Anleger Genüge zu leisten haben.

Ergänzend teilt die Landrätin mit: „*Ich persönlich halte viel von kommunaler Verantwortung in Fragen der Daseinsvorsorge*“. Dass sie „*in der Abfallwirtschaft auf einer vorgefundenen und an-*

deren Grundlage keine Chance auf Realisierung einer weiteren Kommunalisierung“ sehe, dafür bittet sie um „Verständnis“. Dies für den BUND ein Hinweis darauf, dass inzwischen offenbar nicht mehr alle Kommunalpolitiker sich geistig-moralisch in privatisierungsseligem Zustand befinden.

Riedmaiers Parteifreund Landaus OB Schlimmer überließ die Reaktion auf die BUND-Position seinem Stadtvorstandskollegen **Thomas Hirsch (CDU)**, der auf die Einrichtung des „Entsorgungs- und Wirtschaftsbetriebes Landau“ (EWL) als eine Anstalt des öffentlichen Rechts und auf die Investitionen in den Neubau eines Bauhofs hinweist. Hier sieht der BUND Anlass für den Einwurf: Hätte Landau nicht seine **Stadtwerke privatisiert**, könnte es manch anderes – etwa ein effektives Stadtbussystem – querfinanzieren. Anderwärts funktioniert so etwas.

Ansonsten gilt für Hirsch, was der OB von Pirmasens **Bernhard Matheis** mitteilt. Zur vom BUND verlangten Prüfung der wirtschaftlichen Vorteile einer vollständigen Kommunalisierung der Müllverbrennung stellt er fest: *„Eine solche Prüfung wird anstehen, wenn es um die Entscheidung geht, ob der ZAS oder eine andere juristische Person das MHKW Pirmasens nach dem Ablauf des Entsorgungsvertrages zum 31. 12. 2023 diese Anlage betreiben soll“*.

Die Ansicht, dass grundsätzliche Änderungen an den „Knebelverträgen“ z. Zt. nicht vorstellbar seien, teilt auch DIE LINKE: *„Wir . . . haben damals von Fachleuten allerdings erfahren müssen, dass ein vorzeitiger Ausstieg aus dem Vertrag nahezu unmöglich ist bzw. horrenden Kosten verursachen würde. Die politisch Verantwortlichen haben damals ganze Arbeit geleistet, und dies meine ich durchaus zynisch“*.

Und die Pirmasenser Republikaner argwöhnen, *dass . . . die überwiegende Mehrheit im Stadtrat . . . keinerlei Interesse an einer Veränderung des Status Quo haben wird“*.

Bislang nicht herbeigelassen zu einer Reaktion auf den Vorstoß des BUND haben sich **Landrat Duppré** und die Fraktionen im Kreistag Südwestpfalz; sprachlos blieben auch ausnahmslos die angeschriebenen Vertreter der Stadt Zweibrücken; auch das in den Augen der Umweltschützer ein Zeichen für Abgehobenheit und Desinteresse mancher Politiker gegenüber Bürgerinteressen.

Ulrich Mohr für die BUND-Kreisgruppen Südpfalz und Pirmasens